

V-13

Antragsteller*innen: Landesvorstand

Gegenstand: TOP 12: Verschiedenes

Klares Nein zur Vorratsdatenspeicherung!

1 Ein bereits totgesagtes Instrument der sicherheitspolitischen Hardliner kehrt zurück,
2 die Vorratsdatenspeicherung. Vom Bundesverfassungsgericht und dem Europäischen Ge-
3 richtshof als grundrechtswidrig beerdigt, wird die Vorratsdatenspeicherung nun von der
4 Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD wiederbelebt.

5 Konkret sieht der Gesetzentwurf vor: Vier Wochen volle Kontrolle über jeden Schritt, der
6 mit dem Smartphone in der Tasche gegangen wird. Zehn Wochen lang kann nachvollzogen
7 werden wann man was im Internet getan hat oder mit wem man von unterwegs telefoniert
8 hat. Vertrauliche Telefonate mit Ärzt*innen, Seelsorger*innen oder Anwält*innen werden
9 umfanglich nachvollziehbar.

10 Eine freiheitliche Demokratie ist mit diesem Vorschlag zur anlasslosen und massenhaf-
11 ten Vorratsdatenspeicherung nicht vereinbar. Wichtige rechtsstaatliche Errungenschaften
12 sollen mit einem Federstreich durch die schwarz-rote Koalition abgeschafft werden: Die
13 Unschuldsvermutung wird umgekehrt, die informationelle Selbstbestimmung wird massiv
14 eingeschränkt, Schutz von Berufsgeheimnisträger*innen wird ad absurdum geführt, die
15 Pressefreiheit wird beschnitten und Tausende Unternehmen werden unnötig belastet. Der
16 Gesetzentwurf ist eine Kampfansage an unsere Grundrechte.

17 Seit über zehn Jahren streiten wir Grüne auf allen Ebenen mit allen politischen und
18 rechtlichen Mitteln in einem breiten Bündnis mit Aktivist*innen und NGOs gegen die
19 Vorratsdatenspeicherung. Dem Etikettenschwindel von Justizminister Heiko Maas, der die
20 Vorratsdatenspeicherung kurzerhand in Speicherpflicht umtaufte, sitzen wir nicht auf. Der
21 umfassende Grundrechtseingriff ist die generelle Verpflichtung zur anlasslosen Speicherung
22 aller Kommunikationsverkehrsdaten. Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts und
23 allen voran des Europäischen Gerichtshofs zur Vorratsdatenspeicherung, werden völlig un-
24 zureichend in dem Gesetzentwurf berücksichtigt, denn die Anlasslosigkeit der Speicherung
25 bleibt bestehen und der effektive Schutz von Berufsgeheimnisträger*innen findet nicht
26 statt. Zudem wird mit der Vorratsdatenspeicherung ein weiteres Datensicherheitsrisiko
27 geschaffen, da sich unbefugte Stellen oder auch Kriminelle Zugang zu den gespeicherten
28 Verkehrsdaten von Dutzenden Millionen Bürger*innen verschaffen können. Die derzeitigen
29 Geheimdienst-Enthüllungen machen deutlich, wie allumfassend der Datenhunger von

30 Geheimdiensten ist und wie weit der Kontrollverlust über die deutschen Nachrichtendienste
31 bereits fortgeschritten ist. Die Bundesregierung stellt mit ihrem Gesetzentwurf erneut
32 unter Beweis, dass sie nicht willens ist, die überfälligen bürgerrechtlichen Konsequenzen
33 aus diesen Skandalen zu ziehen. Statt Bürgerrechte zu stärken, werden sie immer weiter
34 abgebaut.

35 Wir GRÜNE sagen klar und deutlich Nein zur Wiedereinführung der Vorratsdatenspei-
36 cherung. Damit halten wir auch in NRW in der Koalition nicht hinter dem Berg. Für uns
37 als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW und Teil der Regierungskoalition ist klar, es darf
38 in dieser Hinsicht keine Ausweitung bestehender Landesgesetze geben, um nicht im Nach-
39 hinein diese Grundrechtseingriffe durch die Vorratsdatenspeicherung zu unterstützen.

40 Wir GRÜNE streiten stattdessen für rechtsstaatskonforme, effektive und grundrechts-
41 schonende Instrumente der Strafverfolgung und Prävention. Statt einer allumfassenden
42 Vorratsdatenspeicherung, die alle Menschen in unserem Land unter Generalver-
43 dacht stellt, streiten wir für eine anlassbezogene Speicherung von Telekommunikations-
44 verkehrsdaten, z.B. nach dem „Quick-Freeze“-Ansatz. Dies muss einhergehen mit einer
45 personell und technisch gut ausgestatteten Polizei, damit eine effektive Polizeiarbeit ge-
46 währleistet werden kann. Dazu gehört auch die Spezialisierung von Polizeibeamtinnen
47 und -beamten in den unterschiedlichen Bereichen, wie etwa der Bekämpfung rechtsex-
48 tremistischer oder salafistischer Straftaten oder die Verfolgung der Verbreitung kinder-
49 und jugendpornografischer Darstellungen durch das Cybercrime-Kompetenzzentrum des
50 nordrhein-westfälischen LKA.

51 Für uns GRÜNE ist klar: Vorratsdatenspeicherung, nein danke!

Begründung

erfolgt mündlich

Antragsteller*innen

Landesvorstand